

Schulschliessungen zuletzt!

Montag, 11. Januar 2021

Von: Christine Flitner/ VPOD



Foto: AdobeStock

Eine Schliessung der obligatorischen Schule darf nur das allerletzte Mittel sein, wenn alle anderen möglichen Massnahmen umgesetzt wurden. Solange Skigebiete offen sind und die Homeofficepflicht nicht konsequent umgesetzt werden, sind Schulschliessungen nicht vertretbar. Dazu braucht es längerfristige Massnahmen, um die Bildung der «Corona-Generation» zu schützen und Lehrpersonen vor Erschöpfung zu bewahren.

Das Gesundheitswesen muss dringend entlastet werden und die Fallzahlen müssen weiterhin massiv sinken, daran besteht kein Zweifel. Die Schliessung der obligatorischen Schulen, insbesondere der unteren Stufen, sollte aber erst das letzte Mittel sein, wenn all anderen möglichen Massnahmen umgesetzt wurden. Die Schulschliessungen im vergangenen Frühjahr hatten einen hohen Preis. Ein Teil der Schülerinnen und Schüler konnte die entstandenen Defizite bis heute nicht aufholen, und die psychischen und sozialen Folgen der mehrwöchigen Isolation sind bis heute gross. Psychiatrische Ambulanzen und Kliniken berichten über einen massiven Anstieg von jugendlichen Patientinnen und Patienten. Deutlich wurde inzwischen auch, dass trotz hohem Einsatz der Lehrpersonen die Lernzeit der Kinder während der Schulschliessungen stark gesunken ist. BildungsökonomInnen befürchten lebenslängliche Folgen für die Betroffenen.

Gleichzeitig kann nicht übersehen werden, dass auch der Präsenzunterricht seit Schuljahresbeginn für die Lehrpersonen eine enorme Belastung darstellt: immer wieder sind Schülerinnen und Schüler in Quarantäne und müssen parallel zum Normalunterricht auf dem Laufenden gehalten werden, einige haben noch Defizite aus dem vergangenen Schuljahr, dazu kommen die Sorge um die eigene Gesundheit, fehlende Stellvertretungen bei Krankheit oder Quarantäne der Lehrpersonen, die wöchentlich möglichen Änderungen der Massnahmen sowie die Ängste und der Druck von Eltern in Bezug auf die Bildungsaussichten ihrer Kinder. Es ist

daher nicht erstaunlich, dass viele Lehrpersonen über Erschöpfungszustände berichten und am Rande ihrer Kräfte sind.

Umso wichtiger ist ein mittel- und langfristiger Blick auf allfällige Massnahmen an den Schulen, umso mehr, als die Pandemie uns noch mindestens das ganze laufende Schuljahr bis im Sommer begleiten wird.

Das bedeutet:

- Schulschliessungen in der obligatorischen Schule bzw. die komplette Umstellung auf Fernunterricht sollten, insbesondere in der Unterstufe, nur als allerletzte Massnahme im Rahmen eines kompletten vorübergehenden Lockdowns ergriffen werden. Solange Einkaufszentren offen sind und Menschen ohne zwingende Notwendigkeit zur Arbeit pendeln, sind Schulschliessungen nicht vertretbar.
- Vor einer Schulschliessung sollte zuerst das Konzept der Vertiefungswochen vor oder nach den Frühjahrsferien umgesetzt werden, bei denen die Schülerinnen und Schüler ein oder zwei Wochen zuhause im Selbststudium lernen.
- Sollte eine Umstellung auf Fernunterricht unumgänglich sein, müssen die Schulen trotzdem offen bleiben für Kinder, die zuhause nicht die nötige Ausstattung oder schwierige Verhältnisse haben. Es braucht entsprechende Betreuungsstrukturen in den Schulen.
- Die technische Ausstattung ist in vielen Familien nach wie vor unzureichend, da braucht es an einigen Orten mehr Unterstützung durch die Schulen.
- Eine Schliessung der obligatorischen Schule müsste klar befristet sein.
- Ausserdem braucht es jetzt Überlegungen und Massnahmen der Erziehungsdirektionen in Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen und ihren Verbänden zur Frage der Lernziele und Kompetenznachweise. Das laufende Schuljahr kann nicht einfach unter den gleichen Bedingungen durchgeführt werden wie ein normales Schuljahr. Gleichzeitig darf das Recht der Schülerinnen und Schüler auf Bildung nicht angekratzt werden. Der VPOD ist der Meinung, dass die Anzahl der Kompetenznachweise und formalen Beurteilungen in diesem Schuljahr herabgesetzt und die Ziele angepasst werden müssen. Ausserdem braucht es gezielte Überlegungen zu Stütz- und Fördermassnahmen sowie zusätzliche Ressourcen.
- Schliesslich fordern wir die Behörden wie auch die Schulleitungen auf, ein besonderes Augenmerk auf das Thema Erschöpfung und Burnout bei Lehrpersonen zu richten, die seit fast einem Jahr ausserordentlich belastet sind und immer wieder doppelte Arbeit leisten. Es braucht nicht nur eine klare Anerkennung dieser ausserordentlichen Leistung, sondern auch konkrete Entlastungsmassnahmen.

Weiterhin bleibt es notwendig, dass die Schutzkonzepte an den Schulen konsequent umgesetzt werden und dass die technischen Möglichkeiten ausgenutzt werden müssen (Ausstattung der Schulräume mit Hepa-Luftfiltern und CO₂-Messgeräten). Zudem fordern wir nochmal dazu auf, an den Schulen systematisch und umfassend Schnelltests einzusetzen, um allfällige Ansteckungen frühzeitig zu erkennen. Lehrpersonen und Betreuungspersonal sind als Berufsgruppen in ihrem Alltag besonders gefährdet und müssen daher prioritären Anspruch auf

eine Impfung haben, wenn sie das wünschen.